

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	13
Einleitung	17
A. Die verfassungsrechtliche Ausgangslage	21
I. Der Text des Art. 12 Abs. 1 GG	21
II. Die Entstehung des Art. 12 Abs. 1 GG im Parlamentarischen Rat	25
III. Die Interpretation des Art. 12 Abs. 1 GG bis zum Apothekenurteil des BVerfG am 11.6.1958	29
B. Die abwehrrechtliche Konstruktion der Berufsfreiheit des Art. 12 Abs. 1 GG durch das Bundesverfassungsgericht und deren Rezeption in der Rechtslehre	37
I. Die Berufsfreiheit als Abwehrrecht	37
II. Die Apotheker als Geburtshelfer der Konstruktion	40
III. Der Inhalt der Konstruktion	48

1.	Der Beruf als Schutzgegenstand des Art. 12 Abs. 1 GG	48
a.	Die Definition des Berufs	49
b.	Beruf in Abgrenzung zur Arbeit	57
c.	Beruf – Arbeitsplatz – Ausbildungsstätte	58
d.	Die Folge des weiten Berufsbegriffs für die Bestimmung des Vorliegens eines Eingriffs – Zum Erfordernis einer berufsregelnden Tendenz	59
2.	Der Schutzbereich der Berufsfreiheit	63
a.	Sachlicher Schutzbereich	65
b.	Personeller Schutzbereich	68
3.	Der Regelungsvorbehalt des Art. 12 Abs. 1 S. 2 GG	72
4.	Die Stufentheorie – Zur Verhältnismäßigkeit von Berufsregelungen	78
a.	Grundidee der Dreistufentheorie: Verhältnis zum Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	81
b.	Der Inhalt der Stufentheorie	87
aa.	Die Maßgeblichkeit der gesetzlichen Regelung für die Eingriffsstufenzuordnung	87
bb.	Die Wertungskriterien der Dreistufentheorie zur Bestimmung der Eingriffsintensität	89
aaa.	Die Differenzierung zwischen Berufswahl und Berufsausübung	89
bbb.	Die rechtliche Zurechnung des Sachverhaltes als Wertungskriterium	94
ccc.	Die Relativität der Wertungskriterien durch den Vorbehalt der Bedeutung des Grundrechts im Einzelfall	96
cc.	Die Anforderungen an den Eingriffszweck	101
c.	Die Handhabung der Stufentheorie in der aktuellen Gerichtspraxis	105
IV.	Die Prämissen der Konstruktion und die Kritik daran	107
1.	Konsens im Grundansatz der Konstruktion der Berufsfreiheit ..	108
a.	Bedeutung der Berufsfreiheit	108
b.	Einheitliches Grundrecht der Berufsfreiheit	108
c.	Die Zulässigkeit von Freiheitsbeschränkungen der Berufsfreiheit	109
d.	Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	109
2.	Die Prämissen der Stufentheorie	109
a.	Die Differenzierung von Berufswahl- und Ausführungsregelungen	110
b.	Die Verknüpfung von Eingriffsstufe und Rechtfertigungsvoraussetzungen	114
3.	Konkretisierungsfunktion der Stufentheorie	115

V. Die Rezeption der Konstruktion durch die Rechtslehre	119
C. Eine Fortentwicklung der Konstruktion der Berufsfreiheit des Art. 12 Abs. 1 GG	123
I. Vorgaben für eine Fortentwicklung der Berufsfreiheit	123
1. Effektivität der Gewährleistung der Berufsfreiheit	123
2. Herstellung dogmatischer Konsistenz	124
3. Kompatibilität der Konstruktion mit Gewährleistungen von beruflicher Freiheit auf der europarechtlichen Ebene	125
4. Einfachheit der Konstruktion in ihrer Handhabung	126
5. Die Beschreibung des Gewährleistungsinhalts der Berufsfreiheit in dem Schutzbereich-Eingriff-Rechtfertigungs-Modell	126
II. Die Konstruktion der Berufsfreiheit von <i>Jörg Lücke</i> (1994) ...	127
1. Der Inhalt der Konstruktion	128
2. Kritik an <i>Lückes</i> Konstruktion	131
3. Antworten auf die Konstruktion der Berufsfreiheit von <i>Jörg Lücke</i>	133
a. Wortlaut und „Differenzierungsthese“	133
b. Herstellung innergrundrechtlicher Konsistenz	136
c. Bilanz: Bundesverfassungsgericht versus <i>Lücke</i>	137
III. Der Freiheitsraum der Berufsfreiheit	140
1. Die Interessen im Freiheitsraum des Art. 12 Abs. 1 GG	141
a. Das Freiheitsinteresse der Grundrechtsträger	142
aa. Die Interessen des Einzelnen als natürliche Person	142
aaa. Ökonomisches Interesse	142
bbb. Persönlichkeitsbezogenes Interesse	144
ccc. Gesellschaftsbezogenes Interesse	145
ddd. Zugang zum Grundrecht des Art. 12 Abs. 1 GG	145
bb. Die Interessen von Personenmehrheiten und -vereinigungen	146
aaa. Juristische Personen: Berufsfreiheit als Erwerbsfreiheit	146
bbb. Unternehmenseigner: Berufsfreiheit als Unternehmerfreiheit	147
ccc. Unternehmensbeschäftigte	149
ddd. Zugang zum Grundrecht des Art. 12 Abs. 1 GG	149

cc.	Das gemeinsame Interesse aller Grundrechtsträger in ihrer Gesamtheit an einem funktionierenden Wettbewerb	151
b.	Das Eingriffsinteresse des Staates	153
aa.	Die Erzielung von Einnahmen im Steuerstaat	153
bb.	Die Erhaltung der staatlichen Funktionsbedingungen durch wirtschaftliche Prosperität	156
cc.	Der Staat als Sachwalter des gemeinverträglichen Freiheitsgebrauchs	157
2.	Die Konstruktion des Schutzbereichs des Art. 12 Abs. 1 GG . . .	159
a.	Der Beruf als Schutzgegenstand des Art. 12 Abs. 1 GG	159
aa.	Die Merkmale des Berufsbegriffs	159
aaa.	Eine Annäherung an den verfassungsrechtlichen Berufsbegriff	160
bbb.	Die Abgrenzung zur Arbeit	162
ccc.	Die inhaltliche Offenheit des verfassungsrechtlichen Berufsbegriffs	163
bb.	Folgerungen aus dem verfassungsrechtlichen Berufsbegriff .	164
aaa.	Das Berufserfindungsrecht des Freiheitsträgers	164
bbb.	Die Berufsordnungskompetenz des Gesetzgebers	165
ccc.	Verhältnis von Berufserfindungsrecht und staatlicher Berufsordnung	166
b.	Der Schutz von Berufswahl und -ausübung durch Art. 12 Abs. 1 GG	167
aa.	Berufswahlfreiheit als Willensentschließungsfreiheit	168
bb.	Berufsausübungsfreiheit als berufliche Handlungsfreiheit .	170
cc.	Zur Bedeutung der Begriffe Wahl und Ausübung für die Grundrechtsgewährleistung	171
c.	Zusammenfassung	178
3.	Der Grundrechtseingriff als Begrenzung des Freiheitsraums . .	178
IV.	Die Legitimation von Eingriffen in die Berufsfreiheit	182
1.	Die Schranken der Berufsfreiheit	182
a.	Verfassungsimmanente Schranken	183
b.	Der Regelungsvorbehalt des Art. 12 Abs. 1 Satz 2 GG	183
2.	Die verfassungsmäßige Implementierung eines Interesses als Schranke der Berufsfreiheit	185
a.	Der Vorbehalt des Gesetzes	185
b.	Die Rechtmäßigkeit des Eingriffsaktes	186
aa.	Anforderungen an das formelle Eingriffsgebot	186
bb.	Anforderungen an den Eingriffsrechtsakt	188
c.	Die Verhältnismäßigkeit des Grundrechtseingriffs	188

aa.	Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	188
aaa.	Die verfassungsrechtliche Begründung	188
bbb.	Der Anwendungsbereich	189
ccc.	Die Teilgebote	190
ddd.	Die Konkretisierung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	191
bb.	Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und die Berufsfreiheit .	192
aaa.	Die Geltung der Teilgebote	192
bbb.	Die Maßgeblichkeit der gesetzgeberischen Einschätzung	193
ccc.	Die Strukturierung der Angemessenheitsprüfung	194
(1)	Die Ermittlung der Eingriffsintensität	194
(a)	Die Wirkung des Eingriffs	195
(aa)	Die Bestimmung der Eingriffswirkung	195
(bb)	Die Persönlichkeitsbetroffenheit als Kriterium zur Bestimmung der Eingriffsschwere	196
(aaa)	Innere und äußere Berufsfreiheit	197
(bbb)	Personen- und sachbezogene Eingriffe	197
(ccc)	Das betroffene berufsbezogene Interesse	198
(ddd)	Die inhaltliche Gestaltung des Berufs	200
(eee)	Die Lage des Grundrechtsträgers	200
(fff)	Die Kumulation zweckgleicher Eingriffe	201
(b)	Die Milderung der Eingriffswirkung	201
(c)	Gesamtschau	202
(2)	Die Bedeutung des Eingriffsinteresses	202
(a)	Verfassungswertige Eingriffsinteressen	203
(b)	Verfassungsrelative Eingriffsinteressen	203
(c)	Kumulation verschiedener Eingriffsinteressen .	203
(3)	Die Abwägung	204
(a)	Die Relevanz von Belangen für die Abwägung .	204
(b)	Die Ablehnung schematischer Abwägungskategorien	204
(c)	Die Abwägung als Vergleich zweier Situationen	205
(d)	Die Sozialgebundenheit der Berufsfreiheit	206
(e)	Besonderheit bei verfassungswertigen Eingriffsinteressen	206
V.	Zusammenfassung	208

D. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	209
Literaturverzeichnis	219